

Unruheherd Kosovo oder das Ende des Balkankonflikts?

Gerd Weidenhausen

Wie in einer Art weisen Voraussicht betitelte die Balkan-Expertin Dorothea Gräfin Razumovsky ein Kapitel ihres vor Jahren erschienen Buches über den Balkan mit *Die ewig ungelöste albanische Frage* und drückte damit einen Sachverhalt aus, der sich auch mit der aktuell erörterten Anerkennung des Kosovo zu einem souveränen Staat als weiterhin zutreffend erweisen könnte. Denn nur vordergründig entgehen die UNO und die EU mit dem Plan der Herauslösung der Provinz des Kosovo aus Serbien dem Dilemma einer gerechten, alle Seiten befriedigenden Lösung dieses alten Streitpunkts. Die zentrale Idee des UN-Vermittlers Ahtisaari, nach der dem Kosovo eine eingeschränkte Unabhängigkeit unter internationaler Überwachung zugesprochen werden sollte, ist nach dem Scheitern der Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien Serbien und Kosovo wieder aktuell. Sie wurde lediglich dahin modifiziert, diese »Unabhängigkeit ohne vollständige Souveränität« unter die Aufsicht der Europäischen Union zu stellen, und zwar so lange, bis der Kosovo letztlich Mitglied der EU werden würde. Die Unabhängigkeit ist also an den Beitritt des Kosovo in die EU gekoppelt.

Dennoch kann man sich angesichts dieses winzigen, rohstoffarmen und karstigen Landstrichs – zwischen Serbien, Montenegro und Mazedonien gelegen und gerade einmal halb so groß wie Hessen – fragen, wieso dieser Flecken seit langem so viel internationalen Wirbel ausgelöst hat bzw. auszulösen imstande ist. So taten sich angesichts der anstehenden Statusfrage zwischen der »Schutzmacht« der Serben, Russland, und der – alles andere als neutralen – Vermittlermacht, EU, einschließlich der »Schutzmacht« der Kosovoalbaner, den USA, spürbare diplomatische Verstimmungen auf. Ein Blick in die Geschichte dieser Region kann lehren, dass sie für

die Betroffenen mehr als ein gewöhnliches Stück Territorium darstellt. Seit 1330 ist der Kosovo besonders für das serbische Selbstverständnis eine mythisch und religiös aufgeladene Region. Die Verknüpfung der eigenen Identität mit diesem Herzstück eigener Geschichte macht den Kosovo zum Ort höchster Empfindlichkeiten. Gleichsam stellt dieser nach dem Zerfall Jugoslawiens und der Neuordnung des Balkan durch den Westen eine strategisch bedeutsame Region dar, aus der zum einen Russland systematisch herausgedrängt wurde, in der die USA zum anderen ihren größten und modernsten Militärstützpunkt in Europa errichtet haben, unter dem Namen »Bondsteel« bekannt. In gewisser Weise fungiert der Kosovo angesichts der Versuche Russlands, in der internationalen Politik wieder als ernst zu nehmender Akteur mitzuspielen, auch als symbolisches Streitobjekt. An ihm können diplomatische Siege oder Verluste gemessen werden. Die Januar oder spätestens Frühjahr 2008 zu erwartende Eigenstaatlichkeit des Kosovo unter EU-Aufsicht wird Russland wieder einmal lehren, dass der seit dem 19. Jahrhundert traditionelle Einflussraum des Balkan endgültig verloren gegangen ist.

Der Mythos des Kosovo als »Wiege des Serbentums«

Wie in vielen Mythen die Götter bei entscheidenden Schlachten Pate standen, so waren laut serbischem Mythos auch bei der Schlacht am Amselfeld himmlische Mächte zugegen: Obwohl der serbische Fürst Lazar am 28. Juni 1389 dem Heer des osmanischen Sultans Murat I. unterlag, war den Osmanen in der Folge kein Glück beschieden. Murat I. verstarb und der osmanische Ansturm Richtung Kroatien, Österreich und Ungarn kam zum Stehen, ein

Umstand, den die serbische Geschichtsschreibung als serbische Opfertat für Europas Christenheit deutet. Obwohl das christliche Abendland Fürst Lazars Bitten um Beistand gegen die Osmanen geflissentlich übergang, ritt dieser in heldenhafter Pose für das stets undankbare Europa in den Opfertod. Nach serbischer Auffassung hätte sich Österreich in den folgenden Jahrhunderten ohne dieses Opfer des osmanischen Ansturms nicht erwehren können. Die serbisch-orthodoxe Kirche machte Lazar trotz – oder gerade wegen – seiner Niederlage zum Märtyrer und sprach ihn heilig. Für streng gläubige und bodenständige Serben ist das Amselfeld im Kosovo seitdem mit einem Fluidum von Magie umgeben, es ist mehr als ein physisch lokalisierbares Territorium, es ist im Grunde »metaphysisches Land«. Zudem war unter der Regierungszeit des serbischen Königs Dusan von 1331 bis 1355 der Kosovo das Herzstück des mittelalterlichen serbischen Staates und gleichsam der Ort, an dem mit Pec als Sitz des Patriarchen der serbisch-orthodoxen Kirche einschließlich der berühmten Klöster in Gracanica und Decani der orthodoxe Glaube sein Zentrum hatte.

Der Umstand, dass von den knapp 2 Millionen Einwohnern des heutigen Kosovo nur noch 10% Serben sind, Tendenz fallend, und dieser Landstrich ob seiner wirtschaftlichen Rückständigkeit Serbien in Zukunft mehr kosten als einbringen würde, deutet alleine schon darauf hin, dass es andere als rein materielle Gründe sein müssen, die Serbien so unerschütterlich am Kosovo festhalten lässt. Es ist wohl nicht nur propagandistisches Kalkül, dass Serbiens Premier Kostunica den Plan des Westens, den Kosovo der Eigenstaatlichkeit zu überführen nicht nur als »Völkerrechtsbruch«, sondern sogar als »Verbrechen« bezeichnet hat. Als »beleidigend« wies er das Angebot eines beschleunigten Beitritts Serbiens in die EU im Austausch gegen das Zugeständnis eines Verzichts auf das Territorium des Kosovo zurück, von dem man »keinen Millimeter« abtreten werde.

Empfindlichkeit löst diese Region bei vielen Serben aber auch wegen der langen osmanischen Herrschaft aus, während der die Bosniaken und

die Albaner zum Islam konvertierten. Nach der endgültigen Unterwerfung des serbischen Staates durch die Osmanen 1459 blieb zwar ein Großteil der Bevölkerung des Kosovo serbisch, doch nahm die albanische Bevölkerung über die Jahrhunderte kontinuierlich zu. Im 19. Jahrhundert – einem Jahrhundert, in dem in ganz Europa die nationale Idee Urständ feierte – kreierte der wiedererwachte serbische Nationalismus das romantisierende Bild des mittelalterlichen serbischen Staates mit dem heiligen Kosovo als »Wiege des Serbentums«.

1912 fixierten die europäischen Großmächte – nach der Zurückdrängung des Osmanischen Reiches aus dem Balkan – die Grenzen auf dem Balkan neu. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde der Kosovo Teil des neuen jugoslawischen Staates, der sich aus den Königreichen Kroatien, Slowenien und Serbien zusammensetzte. Nun sahen sich die Kosovo-Albaner massiven Repressionen durch die Serben ausgesetzt, einer Demütigungsprozedur, wie sie die Kosovoalbaner nach 1941 in dem von den deutschen Faschisten von Mussolini übernommenen »Großalbanien« in systematischen Rachefeldzügen ihrerseits den Serben angeidehen ließen. Nach dem Zweiten Weltkrieg, 1974, stärkte dann Tito in der neuen jugoslawischen Verfassung den seit 1945 existierenden Autonomiestatus des Kosovo, in dem zu dieser Zeit nur noch 20% Serben lebten.

Nach Titos Tod 1980 forderten die Kosovoalbaner für sich den Republikstatus gleich den Teilrepubliken Jugoslawiens wie Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien-Montenegro, Slowenien und Mazedonien. Dieser wurde ihnen nicht nur verweigert, sondern mit der Machtergreifung Milosevics sogar empfindlich beschnitten, bis hin zur Auflösung des Parlaments und der Regierung des Kosovo 1990. Die serbischen Nationalisten um Milosevic begründeten ihr hartes Vorgehen unter anderem mit den Schikanen, denen sich die serbische Minderheit im Kosovo während der achtziger Jahre durch kosovo-albanische Hitzköpfe ausgesetzt sah. Ebenso beunruhigte in Belgrad die demografische Lage im Kosovo. Es war dann Milosevic, der – auf diese »Kränkungen« gezielt

anspielend – den Amselfeld-Mythos bei der 600-Jahr-Gedenkfeier der Schlacht Lazars gegen die Osmanen vor über eine Million angereister Serben instrumentalisierte und damit die »ewig ungelöste albanische Frage« zum Haupt (Un-)Ordnungspunkt seiner altbackenen Territorialpolitik machte.

Vom Kosovokrieg zum UN-Protectorat

Für nicht wenige Serben galt Tito als Sachverwalter kosovo-albanischer Interessen auf Kosten der Republik Serbien. Die Stärkung der Autonomie des Kosovo 1974 wurde als Schwächung Serbiens interpretiert. Dass die Kosovoalbaner mit einer eigenen Provinz innerhalb Serbiens bedacht wurden und nicht ebenso die Krijna-Serben in Kroatien oder die Serben Bosnien-Herzegowinas galt als hausgemachte jugoslawische Ungerechtigkeit von Titos Ungnaden, der als »Kroate« verdächtigt wurde, Serbien sowieso nichts zu gönnen. Das Leid, das den Serben während des Ersten und Zweiten Weltkriegs besonders durch die österreichische und deutsche Seite widerfuhr, aber ebenso durch die Massenmorde der kroatische Ustascha an den Serben während der deutschen Besatzungszeit, führte zusammen mit dem Amselfeld-Mythos zu einem Weltbild, in dem sich die Serben als Opfer der Geschichte erleben. Es entwickelte sich ein Leidens-Mythos, der aber nachweislich reale und nachvollziehbare Grundlagen hat, worauf nicht nur der Dichter Peter Handke, sondern auch eine Fülle anderer Autoren zu Recht hinwies.¹

Ein anderes ist es aber, wenn diese traurigen Tatsachen politisch instrumentalisiert werden. Darin erwies sich Milosevic als Meister. Dennoch liegt ein interessantes Urteil aus dem Umfeld und der spezifischen Atmosphäre vor Ort vor, das die schon genannte Autorin Razumovsky in ihrem Buch wiedergibt. Es heißt dort zu diesem Thema: »Jeder serbische Machtha-



www.itb.utexas.edu

ber wäre gestürzt worden, der nach dem Ende der Tito-Ära keine großserbischen Ziele verfolgt hätte, erklärte der Montenegriner Milovan Djilas noch im Mai 1993 in einem Interview.² Serbiens Reaktion auf das Projekt Jugoslawien bestand in einem Nationalismus, der in unfreiwilliger Kooperation mit der verführten Anerkennungspolitik der secessionistischen Republiken Kroatien und Slowenien durch Deutschland und den Vatikan den Bürgerkrieg mit verursacht und den Zerfall Jugoslawiens im Grunde beschleunigte.³ Angesichts des fürchterlichen Bürgerkriegsdramas von 1991-1998 brodelte die niedergehaltene Kosovofrage bis zu ihrer Militarisierung 1998 und dem »humanitären« Eingreifen der NATO 1999. Am Ausgangspunkt der Kosovo-Frage stand die einseitig den Serben vom Westen aufgebürdete Verantwortung für die Militarisierung der Konflikte im Kosovo zwischen der jugoslawischen Armee und den UCK-Untergrundkämpfern. Im Meer der größ-

tenteils einseitigen Berichterstattung durch die westlichen, insbesondere die deutschen Medien gingen die Berichterstattungen und Aufzeichnungen der offiziellen OSZE- und UN-Berichter vor Ort unter. Sie zeichneten ein ganz anderes Bild, als es das von den die Konflikte einseitig evozierenden serbischen Tätern war.⁴ Danach hatten beide Seiten ihren gleichwertigen Anteil an der Eskalation der Lage, wobei die kosovoalbanische UCK schon deshalb diese Eskalation wollte, weil sie mit den USA im Rücken auf ein militärisches Eingreifen der NATO hoffte.

Auch der behauptete Massenmord von den Serben an den Kosovo-Albanern während des Krieges erwies sich im Nachhinein als genauso ein Konstrukt und so übertrieben wie es der nie – außer in der Vorstellung des deutschen Verteidigungsministers Scharping – existierende »Hufeisenplan« war. Zwar steigerte die Ohnmacht des serbischen Militärs angesichts der unsichtbaren und unverwundbaren NATO-High-Tech-Maschinerie aus der Luft den Furore einer grausamen und atavistischen Kriegsführung besonders seitens paramilitärischer serbischer Gruppen am Boden, doch erwiesen sich viele der horrenden »Berichterstattungen« der westlichen Medien im Nachhinein als Sensationspektakel oder gar als gezielte Kriegslügen. Auch die Verhandlungen von Rambouillet, die dem Kosovo-Krieg 1999 vorangingen, waren alles andere als fair, enthielten sie doch im Annex des Vertragstextes ein damals der Öffentlichkeit nicht zur Kenntnis gebrachtes Diktat, nach dem ein NATO-Besatzungsstatut für ganz Jugoslawien vorgesehen war. Nach dem Urteil von Andreas Zumach, damals Journalist bei der TAZ, hätte »selbst ein gemäßigter Politiker an der Stelle von Milosevic diesen Text niemals unterzeichnet.«⁵ Eigentümlich auch die Umstände der Lancierung dieses Textes: Zwei Tage vor dem anvisierten Ende der Konferenz von Rambouillet schob die NATO gegen das Votum Russlands völlig überraschend diesen Zusatztext von 56 Seiten in Gestalt des Annexes B vor: ein Text, der nicht verhandelt wurde und auch nicht verhandelbar sein sollte und der unter Bruch der Verhandlungsgrundlage der

Kontaktgruppe als Ultimatum der serbischen Delegation einfach aufgedrückt wurde. Es war wie ein gewolltes Scheitern der Verhandlungen, das freie Hand für einen längst beschlossenen Krieg gewähren sollte und die Chance bot, den Serben die Schuld am Scheitern der Verhandlungen zu geben.

Vom UN-Protectorat zum EU-Staat

Die Rechtsgrundlage für den Status des Kosovo nach Beendigung des NATO-Krieges gegen Rest-Jugoslawien ist die Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates vom 10. Juni 1999, die zwar eine »substantielle Autonomie« des Kosovo innerhalb »der Bundesrepublik Jugoslawien«, nicht aber die Herauslösung dieser Provinz hin zur Eigenstaatlichkeit vorsieht. Seit der Überwachung des Kosovo durch UN-Truppen sind unzählige serbische Kirchen und Klöster vernichtet worden, über 100.000 Serben und Roma flüchteten angesichts zunehmender Repressalien durch kosovo-albanische Extremisten. 90.000 der verbliebenen Serben fristen ein kümmerliches Dasein in streng bewachten Enklaven. Die ehemalige Herrschicht im Kosovo sieht sich nun – unter den Augen der Schutztruppen – massiven Repressalien ausgesetzt.

Das Schlüsselereignis der Renaissance der nahezu verdrängten Kosovofrage bildeten die März-Unruhen 2004 mit 21 Toten, über 800 Verletzten, 600 zerstörten Häusern, mehr als 20 geplünderten und zerstörten orthodoxen Kirchen, 4.000 vertriebenen Serben und der endlich aufkeimenden Frage, wie denn der Schutz der den 18.000 KFOR-Soldaten anvertrauten Minderheiten im Kosovo aussehe.

Obgleich nach Auffassung hochrangiger UN-Kommissionen die den Kosovoalbanern nahe gelegten Standards von Rechtsstaatlichkeit, Freizügigkeit und Gerechtigkeit nicht eingehalten wurden, wurde die bis dahin gültige Formel »Standards vor Status« vom UN-Sicherheitsrat Ende 2005 eigentümlicherweise verworfen. Auf einmal wurden Statusverhandlungen angesetzt, die aber bis März 2007 ergebnislos verliefen. Eine Troika von amerikanischen, russischen und europäischen Diplomaten sollte als fairer

Vermittler der Gespräche zwischen den Serben und den Kosovaren fungieren, um die Statusfrage bis zu dem auf den 12. Dezember 2007 festgesetzten Termin zu klären. Erwartungsgemäß scheiterten die Verhandlungen. Längst war den Kosovoalbanern im Falle eines Scheiterns eine in Aussicht stehende Eigenstaatlichkeit konzidiert worden.⁶ Die Statusfrage wurde zudem entgegen den Bestimmungen der Resolution 1244 und gegen den Willen der Serben verhandelt, obwohl die Ergebnislosigkeit von »Verhandlungen« unter solchen verhandlungswidrigen Prämissen im Voraus abzusehen war. Wieder einmal konnte das Scheitern, wie es der *Spiegel* anspielungsreich, aber sachlich unrichtig insinuierte,⁷ der Halsstarrigkeit der serbischen Seite angelastet werden. Dabei wurde die willkürliche Revision der vom Westen selbst aufgestellten Resolution 1244 ebenso verschwiegen wie der Bericht der »International Commission on the Balkans«, einer Kommission, der ehemalige Staatspräsidenten, Außenminister und Regierungschefs angehören, darunter Richard von Weizsäcker. Dort ist zu lesen: »Die internationale Staatengemeinschaft hat in ihrem Versuch, Sicherheit und Entwicklung in die Provinz zu bringen, ganz offensichtlich versagt. Ein multiethnisches Kosovo existiert nicht – außer in den bürokratischen Einschätzungen der internationalen Staatengemeinschaft ... Die Situation der serbischen Minderheit im Kosovo ist die größte Anklage gegen den Willen und die Fähigkeit Europas, seine eigenen proklamierten Werte zu verteidigen.«⁸

Der Verlust der moralischen Autorität durch das Beliebigkeitsprinzip

Mit einer schon systematisch zu nennenden Beliebigkeit wird seitens der westlichen Wertegemeinschaft je nach praktischer Opportunität in einem Falle das Selbstbestimmungsrecht, im anderen Falle die staatliche Souveränität bemüht. Zu Recht bemerkt Reinhard Mutz über diese inkonsistente Handhabung selbst erklärter Maßstäbe hinsichtlich der Balkanpolitik: »Sie hat bei Ausbruch des Krieges 1991 das Bestreben der Slowenen und Kroaten, unter Bezug

auf das Selbstbestimmungsrecht nicht länger in einem jugoslawischen Staat leben zu wollen, zu ihrer Sache gemacht. Über das Bestreben anderer relevanter Minderheiten – etwa der kroatischen Serben – mit demselben Selbstbestimmungsrecht nicht im kroatischen Staat leben zu wollen – ist sie hinweggegangen. Diese Politik betrieb nach dem Übergreifen des Krieges auf Bosnien-Herzegowina 1992 die Bildung eines multinationalen, multiethnischen, multikonfessionellen bosnischen Staates – während sie der Auflösung des multinationalen, multiethnischen, multikonfessionellen jugoslawischen Staates Beihilfe leistete.«⁹ Diese Politik kulminiert nun in der völkerrechtswidrigen und vertragswidrigen Überführung der autonomen Provinz des Kosovo in die »souveräne« Eigenstaatlichkeit unter Aufsicht der EU. Während die EU im September 2006 das Referendum der moldawischen Teilrepublik Transnistrien, bei dem sich 97% der Bevölkerung für eine Herauslösung der moldawischen Teilrepublik aus Moldawien aussprachen, abgelehnt hatte (wie auch dasjenige Südossetiens in Georgien mit dem Verweis, diese Referenden würden gegen Moldawiens und Georgiens »Souveränität und territoriale Integrität« verstoßen), sollen diese Kriterien für Serbien nicht gelten. Im Falle Serbiens wiegt auf einmal das Selbstbestimmungsrecht der Kosovoalbaner mehr als Serbiens »Souveränität und territoriale Integrität«.

Die Gründe für diese Politik der Beliebigkeit und der doppelten Standards mögen mannigfaltige sein: Während die USA, die angeblich hinter den Kulissen enormen Druck auf die EU ausübte, wie im Falle des Irakkrieges eine Spaltung und damit Schwächung Europas evozieren wollte,¹⁰ gilt für beide gemeinsam, dass der einmal eingeschlagene Weg in der Balkan-Politik gegenüber den seit 1991 prinzipiell als Täter ausgemachten Serben keiner Revision unterworfen werden darf. Bei einem Eingeständnis der massiven Widersprüche und Ungereimtheiten der eigenen Politik wäre der Gesichtsverlust zu groß. Die schon erwähnte diplomatische Niederlage für Russland als Serbiens Schutzmacht mag dabei genauso eine Rolle spielen wie prinzipielle geostrategische

Überlegungen, für die der mit enormem Aufwand hergerichtete Stützpunkt »Bondsteel« in mitten des Kosovo spricht.

Die Folgen der Anerkennung des Kosovo sind noch nicht abzusehen. Sie könnten von anderen Minderheiten in Europa, Zentralasien und Indien als Präzedenzfall gewertet, das staatliche Gefüge in den verschiedensten Weltregionen ins Wanken bringen. Nicht nur hat das schon von Rudolf Steiner kritisch bewertete Selbstbestimmungsrecht wieder einmal seine historische Zerstörungskraft unter Beweis gestellt,¹¹ nicht nur mutet der endlos erscheinende Prozess neuer kleiner, aus sich heraus kaum überlebensfähiger Staatengründungen angesichts der Globalisierung und des Bedeutungsverlusts der Nationalstaaten einigermaßen paradox an, auch ist mit der ungebrochenen Fortführung der Politik der doppelten Standards die moralische Autorität der EU äußerst fragwürdig geworden. Statt als Alternative – wie so oft behauptet – tritt sie zunehmend im Schlepptau eines Politikverständnisses auf, wie es in den USA seit Jahren offensiv praktiziert und als völlig legitim angesehen wird.

1 Zur Haltung Handkes siehe Artikel des Autors mit dem Titel *Peter Handke und die Kollision von Poesie und Politik* in diesem Heft auf S. 61. Folgende Literatur geht auf dieses Thema ein: Alexander Dorin: *In unseren Himmeln kreuzt der fremde Gott*. Freiburg 2001. Malte Olschewski: *Von den Karawanken bis zum Kosovo. Die geheime Geschichte der Kriege in Jugoslawien*. Wien 2000. Arnold Sherman: *Die Zerschlagung Jugoslawiens. Bürgerkrieg und ausländische Intervention*. Freiburg 1995. Klaus Bittermann (Hg.): *Serbien muss sterben. Wahrheit und Lüge im jugoslawischen Bürgerkrieg*. Berlin 1995. Noam Chomsky: *Der Neue Militärische Humanismus. Lektionen aus dem Kosovo*. Zürich 2000. Ulrich Cremer/ Dieter S. Lutz: *Nach dem Krieg ist vor dem Krieg*. Hamburg 1999. W. Richter, E. Schmähling (Hg.): *Die Wahrheit über den NATO-Krieg gegen Jugoslawien*. Schkenditz 2000. Sehr aufschlussreich – auch für heute – sind diesbezüglich und die gesamte Balkan-Frage betreffend die Äußerungen Rudolf Steiners in seinem Vortrag vom 10. Dezember 1916 in den *Zeitgeschichtlichen Betrachtungen. Das Karma der Unwahrhaftigkeit* (GA 173), S. 98: »Niemand kann mehr als ich Sympathien haben

mit dem unglücklichen serbischen Volke; nicht bloß, weil es in den letzten Zeiten so viel Schmerzliches erfahren hat, sondern vor allem deswegen, weil dieses Volk als solches durch Jahrzehnte der Spielball war der verschiedensten Existenzen, der verschiedensten Elemente, welche sich dessen, was in diesem Volk lebt, bedient haben für Dinge, von denen wir nur sagen können: Es liegt zugrunde ein missbräuchliches In-eine-gewisse-Richtung-Bringen desjenigen, was innerhalb des fünften nachatlantischen Zeitraums als reale Evolutionsimpulse vorhanden ist.« Peter Handke: *Eine winterliche Reise zu den Flüssen Donau, Save, Morawa und Drina oder Gerechtigkeit für Serbien*. Frankfurt/Main 1996.

2 D. G. Razumovsky: *Der Balkan. Geschichte und Politik seit Alexander dem Großen*. München 1999, S. 345.

3 Speziell zur deutschen und vatikanischen Rolle ganz zu Beginn des Konflikts: Erich Schmidt-Eenboom: *Der Schattenkrieger*. Düsseldorf 1995. Jürgen Elsässer: *Kriegslügen*. Berlin 2004. Ralph Hartmann: *»Die ehrlichen Makler«. Die deutsche Außenpolitik und der Bürgerkrieg in Jugoslawien*. Berlin 1999.

4 Heinz Loquai: *Der Kosovo-Konflikt. Wege in einen vermeidbaren Krieg*. Baden-Baden 2000. Wolfgang Kaufmann: *Die Beobachter der Balkankrise*. Norderstedt 2004.

5 Andreas Zumach: *Krieg im Kosovo* (Hg. Thomas Schmid), 1999, S. 75.

6 Siehe dazu J. Elsässer: »Lieber schenkt man den Extremisten alles, was sie wollen«, in: *Freitag*, 14. 12. 2007. Ebenso Iwan Sachartschenko: »Warum streben die USA und EU so sehr die Unabhängigkeit des Kosovo an?« In: *RIA Novosti*, 13.12.2007.

7 SPIEGEL Nr. 50, 10.12.2007: *Wie drei Diplomaten nach einem Ausweg aus der Kosovo-Krise suchten*.

8 Aus »Report of the International Commission on the Balkan: The Balkans in Europe's Future«, April 2005, zitiert bei Alexander S. Nau: *Kosovo in völker- und verfassungsrechtlicher Sicht*.

9 Reinhard Mutz: »Serbiens Anspruch wird einfach verschrottet«, in: *Freitag*, 19.10.2007. Siehe derselbe Autor: »Kriegswaise Kosovo«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Januar 2008.

10 Griechenland, Spanien, Belgien und die Slowakei sperrten sich zunächst vehement gegen die Anerkennung, weil sie fürchteten, dass ihre Minderheiten im eigenen Land die Kosovo-Anerkennung als Präzedenzfall für die Einforderung ihrer Selbstbestimmungsrechte ansehen könnten.

11 Siehe dazu: *Die Jahrhundertillusion. Wilsons Selbstbestimmungsrecht der Völker, Steiners Kritik und die Frage der nationalen Minderheiten*. Info 3 Verlag, Frankfurt 2002.